

BerlinBulletin

Aktuelles aus Regierung und Parlament

V.i.S.d.P.: Bernhard Fuhrmann, DLR, VO-PW



Wirtschaft lehnt absolute Energieeinsparziele ab

Die Industrie hat vor zu scharfen Verpflichtungen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz gewarnt. In einer Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zum EU-Vorschlag für eine Energieeffizienzrichtlinie am Montag lehnte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) „absolute Energieeinsparziele ab, da diese nicht mit dem zyklischen Konjunkturverlauf zu vereinbaren sind, ohne dass dies zu Lasten der Wirtschaftskraft europäischer Unternehmen geht“. Der Richtlinien-Vorschlag soll die EU zu einer Senkung des Primärenergieverbrauchs bis zum Jahre 2020 befähigen. Gegenstand der Anhörung waren außerdem Anträge der Oppositionsfractionen SPD ([17/8159](#)), Die Linke ([17/8457](#)) und Bündnis 90/Die Grünen ([17/7462](#)), in denen eine wirkungsvolle Ausgestaltung der EU-Richtlinie und eine wirkungsvolle Energieeffizienz gefordert wird.

Von der Wirtschaftsvereinigung Stahl hieß es, die deutsche Stahlindustrie habe ihren spezifischen Primärenergieverbrauch seit 1960 um annähernd 40 Prozent gesenkt. „Der Bedarf an Kohlenstoffträgern für den Eisenerz Reduktionsprozess im Hochofen sowie an Schmelzstrom für Elektrolichtbogenofen lässt sich allerdings aus chemischen und physikalischen Gründen

kaum noch weiter verringern“, hieß es in der Stellungnahme. Die Energieeinsparpotenziale der Stahlindustrie lägen weit unter den von der Politik angestrebten Steigerungsraten. „Vor diesem Hintergrund dürfen die Anforderungen gegenüber energieintensiven Industrien wie der Stahlindustrie nicht überspannt werden“, wurde gewarnt.

„Insgesamt setzt der Entwurf zu stark auf starre Planvorgaben und zu wenig auf flexible und effiziente Marktelemente“, hieß es vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Daher halte man „überhaupt nichts von dieser Art Verpflichtung“. Die Kupfer verarbeitenden „Wieland-Werke“ (Ulm) erklärten: „Pauschal für alle Unternehmen sind solche festen Vorgaben kontraproduktiv.“ Das Ziel der EU-Richtlinie sei „sehr sportlich“.

Dagegen hieß es von der Prognos AG: „Das mittelfristige Ziel der EU, 20 Prozent Primärenergie einzusparen, liegt in guter Übereinstimmung mit den nationalen Zielen Deutschlands für diesen Bereich und erfordert aus deutscher Sicht kaum zusätzliche Anstrengungen gegenüber dem ohnehin angestrebten nationalen Zielpfad.“ Anders als die Industrievertreter ging die deutsche Unternehmensinitiative Energie-

effizienz davon aus, dass durch Endenergie-Effizienzmaßnahmen bis 2020 bis zu 14 Prozent des Endenergieverbrauchs eingespart werden könnten. Allein mittels Stromeffizienzmaßnahmen könne auf die Kapazität von mindestens zehn Kernkraftwerken verzichtet werden. Durch Wärmeeffizienzmaßnahmen seien weitere Einsparungen möglich. Zur Energieeffizienz hieß es insgesamt: „Der schlafende Riese kann sofort als ‚kalte Reserve‘ geweckt werden.“

Die Bundesvereinigung der Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft wies allerdings darauf hin, dass wirtschaftliche und soziale Gründe Umfang und Tiefe der energetischen Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden begrenzen würden. Das Unternehmen „Kofler Energies“ sieht Einsparpotenziale in öffentlichen Gebäuden von mehr als 50 Prozent bei Vollsanierung. Bei einer Modernisierung der Anlagentechnik seien 20 bis 40 Prozent möglich. Das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg sah die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für Gebäudesanierungen „als ein wirkungsvolles Instrument zur Beschleunigung der energetischen Sanierung“ an.

Die Firma „Bosch und Siemens Hausgeräte“ wies auf einen ganz anderen Aspekt hin: Mit 55 Terrawattstunden im Jahr würden fast 40 Prozent des privaten Stromverbrauchs in Deutschland auf Elektro-Hausgeräte entfallen. Durch die lange Nutzungsdauer würden Kaufentscheidungen lange nachwirken. So würden Geschirrspüler zwölf Jahre lang genutzt, Gefriergeräte 17 Jahre. Moderne Hausgeräte würden jedoch nur noch die Hälfte, zum Teil sogar nur ein Drittel des Stroms verbrauchen. „Insgesamt ließen sich durch den Austausch dieser sehr alten Geräte in den Haushalten jährlich rund 15 Terrawattstunden Strom einsparen“, hieß es in der

Stellungnahme der Firma. Um diese Potenziale zu heben, wurden Anreizprogramme empfohlen.

Weitere Informationen: [EurActiv](#).

Bundesumweltminister Norbert Röttgen garantiert Versorgungssicherheit

Die Energieversorgung in Deutschland sei sowohl jetzt als auch in Zukunft garantiert, erklärte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) am Mittwochnachmittag vor dem Unterausschuss des Bundestags. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen berichtete er über den aktuellen Stand der Energiewende und auf Antrag der Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen über den Stand des Endlagersuchgesetzes. Wer bei Netzausfall haften, „das muss geregelt werden“, fügte Röttgen noch hinzu. Die Börsenstrompreise in Deutschland sind nach Angaben des Ministers ebenfalls stabil, wobei sie deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen. Der Strom in Deutschland sei sogar auch günstiger als in der Schweiz und in Frankreich. Auch bei hoher Nachfrage würde der Preis stabil bleiben.

Für die Windenergie an Land „ist für 2012 eine Leistungssteigerung zu erwarten“, sagte Röttgen weiter. Bezüglich der sogenannten Offshore-Windanlagen, die vor den Küsten im Wasser liegen, sagte er, dass sich derzeit zwei neue Anlagen in Bau befänden; weitere seien in Planung. Branchengespräche, die der Umweltminister Ende letzten Jahres geführt hatte, bezeichnete er als „erfolgreich“. Fotovoltaik-Anlagen hätten durch die Energiewende bereits profitiert. Hätte es keine Gesetzesnovelle gegeben, betonte der Minister, hätte es „zum En-

de der Fotovoltaik-Technik geführt“. Es sei der „schlagende Beweis“ erbracht, dass „Fotovoltaik-Einspeisung die Zukunft ist.“

Folge der Energiewende sei auch, dass „in einem nationalen Konsens“ die bundesweite Endlagersuche behandelt werde. Es sei eine „fundamentale Veränderung der deutschen Politik“, dass Bund und Länder gleichermaßen der Meinung sind, die Suche nach einem geeigneten Endlager für radioaktive Abfälle sei ein nationales Thema und „nicht die Sache Niedersachsens.“ Bund und Länder seien sich zudem einig, „das Problem nicht nächsten Generationen zu überlassen.“ „Wir sind uns alle einig, dass die Geologie entscheidet und nicht die Politik“, fügte Röttgen hinzu. Am Ende entscheide zwar „immer der Bundestag“. Doch der sei kein „Expertengremium“. Deshalb brauche man die Wissenschaft.

Kraft-Wärme-Kopplung soll stärker gefördert werden

Die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll verbessert werden, damit der Anteil dieser Technik an der deutschen Stromerzeugung 25 Prozent bis zum Jahr 2020 erreicht. Durch diese Technik werde im Vergleich zur ungekoppelten Erzeugung eine wesentlich höhere Effizienz bei der Nutzung der eingesetzten Primärenergie erzielt, heißt es in dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes ([17/8801](#)).

Mit der Novelle sollen die Zuschläge für KWK-Anlagen, die ab 2013 den Betrieb aufnehmen, erhöht werden. Nachrüstungen und Modernisierungen von Anlagen werden erleichtert. Außerdem soll es eine Förderung von Wärme-

speichern geben. Sehr kleine KWK-Anlagen sollen in Zukunft unbürokratisch pauschalierte Zuschlagszahlungen erhalten.

KWK-Anlagen werden durch Zuschläge auf den Strompreis gefördert. Die Förderung ist seit 2009 auf 750 Millionen Euro im Jahr begrenzt. Die Bundesregierung beziffert die Kosten der Förderung zwischen 2003 und 2006 auf etwa 800 Millionen Euro. Durch das Auslaufen der Förderung bestimmter Anlagekategorien habe sich die Förderung 2008 auf 521 Millionen Euro verringert und sei 2009 auf 386 Millionen Euro gesunken.

Bei unveränderter Förderung werde die Kraft-Wärme-Kopplung im Jahr 2020 einen Anteil von 20 Prozent an der Nettostromerzeugung erreichen. Damit werde das Ziel eines Anteils von 25 Prozent nicht erreicht, schreibt die Bundesregierung. Daher solle das Gesetz novelliert werden, „um zur Erreichung des 25 Prozent-Ziels beizutragen“. Der Bundesrat verlangt in seiner Stellungnahme eine Reihe von Änderungen, die die Bundesregierung prüfen will.

Weitere Informationen: BR-DRS [854/11](#), [Bundesratsplenarprotokoll](#) der 892. Sitzung am 10. Februar 2012; [Plenarprotokoll 17/165](#) der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages, 8. März 2012.

Bundestag debattiert über Kürzung der Solarförderung

Die Einspeisevergütung für Solarstrom soll verringert werden. Die geplante Kürzung der Förderung von Strom aus Solaranlagen wird am Freitag, 9. März 2012, von 9 bis 10.40 Uhr in erster Lesung im Bundestag debattiert. Die Bundesregierung hat dazu einen Gesetzentwurf

mit dem Titel "Gesetz zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien" eingebracht. Die Bundesregierung plant, die Förderung von Strom aus Solaranlagen Anfang April– je nach Leistungsstärke der Anlage – um 20 bis 30 Prozent zu senken. Danach soll ab Mai 2012 die Förderung bis Ende des Jahres nochmals um 0,15 Cent monatlich gesenkt werden. Nach den Plänen der Bundesregierung würden in Zukunft nur noch 85 bis 90 Prozent des Stroms vergütet. Der Rest soll von den Produzenten eigenständig verkauft oder selbst verbraucht werden.

Dachanlagen wie Freiflächenanlagen vergüten

Mit einer neuen Verordnungsermächtigung will die Bundesregierung künftig für eine bestimmte Zeit die Höhe der Vergütungen selbst festlegen können, wenn bestimmte Zielvorgaben unter- oder überschritten werden. Neue Anlagen sollen nach dem Willen der Bundesregierung in den Jahren 2012 und 2013 eine Leistung von 2.500 bis 3.500 Megawatt nicht überschreiten. Dachanlagen auf neu eingerichteten und nicht bewohnten Gebäuden sollen in Zukunft wie Anlagen auf Freiflächen vergütet werden.

Linke fordert Rücknahme der geplanten Kürzungen für Solarstrom

Der Vorschlag der Bundesregierung für eine zusätzliche Kürzung der Solarförderung soll zurückgenommen werden. Das fordert die Fraktion Die Linke ([17/8892](#)) in einem Antrag, der am Freitag im Plenum debattiert wurde. Gleichzeitig sprechen sich die Abgeordneten dafür aus, kurzfristig ein Unterstützungsprogramm für die Solarindustrie aufzulegen, mit

der die Branche zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt bekommen soll. Außerdem spricht sich die Linke dafür aus, Forschung und Entwicklung in diesem Bereich weiter auszubauen.

Die Solarförderung habe sich seit dem Jahr 2008 halbiert, begründet die Fraktion ihren Antrag. Den Bau weiterer Anlagen für Solarenergie jetzt auszubremsen sei „gesellschaftspolitischer Unsinn“, schreiben die Abgeordneten weiter. Eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Stromerzeugung würde damit torpediert. Ebenfalls kritisiert wird der Zeitpunkt der vorgeschlagenen Kürzungen. Solche kurzfristigen Entscheidungen seien „nicht nur hektisch und planlos, sondern schlicht verantwortungslos“, heißt es in dem Antrag weiter.

Weitere Informationen: [Plenarprotokoll 17/166](#) der 166. Sitzung des Deutschen Bundestages, 9. März 2012.

Grüne fordern 45 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien bis 2020

Im Jahr 2020 sollen nach dem Willen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 45 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen. Das fordert die Fraktion in einem Antrag ([17/8898](#)), der am Donnerstag auf der Tagesordnung des Bundestages steht. Darin sprechen sich die Grünen auch für die von der EU-Kommission vorgelegte Energieeffizienz-Richtlinie aus, nach der die Energieversorger 1,5 Prozent ihres Jahresabsatzes einsparen sollen. Außerdem fordern die Abgeordneten knapp ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima, die Atomkraftnutzung weltweit zu beenden. Deutschland soll daher keine weitere deutsche Unterstützung, zum Beispiel in

Form von Hermesbürgschaften, für den Export von Atomtechnologien mehr vergeben. Der Bundesregierung wird in dem Antrag vorgeworfen, die Energiewende nicht wie erforderlich voranzutreiben, sondern ihren Erfolg „durch falsche Weichenstellungen“ zu beeinträchtigen.

Weitere Informationen: [Plenarprotokoll 17/165](#) der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages, 8. März 2012.

Linksfraktion will Anreize für klimafreundliche Firmenwagen

Steuerliche Vorschriften für Firmenwagen sollen konsequent an ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. So soll die steuerliche Abzugsfähigkeit des Aufwands für Personenwagen die als Firmenwagen genutzt werden, entsprechend den fahrzeugspezifischen Kohlendioxidemissionen begrenzt werden, heißt es in einem Antrag der Linksfraktion ([17/8883](#)), der am Donnerstag auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages stand. Die Neuregelung soll ab 2013 für erstmals zugelassene Autos gelten.

Die Fraktion schlägt vor, für Fahrzeuge mit einem Kohlendioxid-Ausstoß bis 155 Gramm pro Kilometer weiterhin den Abzug aller Aufwendungen zuzulassen. Je übersteigende fünf Gramm Kohlendioxid soll die Abzugsfähigkeit um 2,5 Prozentpunkte reduziert werden. Außerdem verlangt die Fraktion, den maßgeblichen Kohlendioxid-Wert (2013: 155 Gramm) jedes Jahr um fünf Gramm zu verringern.

Änderungen soll es nach den Vorstellungen der Linksfraktion auch bei der Besteuerung der privaten Nutzung von Firmenwagen geben. So soll an die Stelle der heute üblichen Besteue-

rung von einem Prozent des Kaufpreises für Fahrzeuge mit einem Ausstoß bis zu 125 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer eine Besteuerung von nur noch 0,9 Prozent der Anschaffungskosten pro Kalendermonat treten. Dies sei ein „positiver Anreiz“, schreibt die Fraktion. Je übersteigende fünf Gramm Kohlendioxid pro Kilometer soll die Besteuerung aber um 0,025 Prozentpunkte erhöht werden. Der maßgebliche Kohlendioxid-Wert soll bis 2020 jedes Jahr um jährlich fünf Gramm vermindert werden.

Nach Angaben der Fraktion sind Personenkraftwagen für rund zwölf Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich. Seit 2001 würden mehr Neuwagen durch Unternehmen und Selbstständige angeschafft als von Privaten. Der durchschnittliche Verbrauch von Firmenwagen liege erheblich über dem Verbrauch privat angeschaffter Fahrzeuge „Da Firmenwagen zudem meist als Gebrauchtwagen an Private weiterverkauft werden, sinkt der durchschnittliche Verbrauch von Personenkraftwagen in Deutschland zu langsam. Es ist daher umgehend erforderlich, finanzielle Anreize für die Anschaffung klimafreundlicher Firmenwagen zu beschließen“, schreibt die Fraktion. Sie zitiert aus einer Untersuchung, nach der der Firmenwagenanteil bei den neu zugelassenen Fahrzeugen mit einem durchschnittlichen Emissionswert von über 200 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer 77 Prozent betragen habe.

Neben der Vermeidung von Verkehren und der Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel sei die Effizienzsteigerung bei der Kraftstoffnutzung ein wesentlicher Lösungsansatz für die klimafreundlichere Gestaltung des Pkw-Verkehrs, begründet die Fraktion ihren Vorstoß. „Technisch möglich sind heute schon

Drei-Liter-Autos, mittelfristig sind auch Ein-Liter-Autos machbar. Dies würde den Ölpreisanstieg dämpfen und den Klimawandel abmildern“, begründet die Linksfraktion ihren Antrag. Deutschland habe als eine der wichtigsten Herstellungsländer von Autos eine wichtige Vorbildfunktion und sollte eine Vorreiterrolle spielen.

Weitere Informationen: Weitere Informationen: [Plenarprotokoll 17/165](#) der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages, 8. März 2012.

Energetische Gebäudesanierung – Blockade Beenden

Heißt es in einem Kommentar des ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU Peter Altmeier MdB. Energieeffizienz sei „der Schlüssel für das Gelingen der Energiewende und Antrieb für die Entwicklung hochinnovativer Produkte, die den Wettbewerbsvorsprung unserer Industrie weiter ausbauen werden.“ Gerade im Gebäudebereich seien die Potenziale zur Energie- und damit zur CO₂-Einsparung gewaltig. Aus diesen Gründen habe der Deutsche Bundestag im vergangenen Sommer das „Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen“ verabschiedet, mit dem Ziel, den Wärmebedarf der Gebäude zu senken – allein bis 2020 um 20 Prozent. Bis zum Jahr 2050 soll der Gebäudebestand nahezu klimaneutral sein. Bis heute aber wird das Gesetz vom Bundesrat abgelehnt. [Lesen Sie weiter.](#)

Bundesminister Rösler eröffnet 2. Nationale Konferenz zur Raumfahrt-Robotik

Unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Dr. Philipp Rösler hat am 6. März 2012 im Bun-

desministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) in Berlin die "Zweite nationale Konferenz zur Raumfahrt-Robotik" begonnen. An der Veranstaltung, die das Raumfahrtmanagement im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) im Auftrag des BMWi organisierte, nahmen rund 200 hochrangige Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik teil. Ziel war es, die Diskussion über die neuesten Entwicklungen und künftige Weichenstellungen in diesem Schlüsselbereich der Raumfahrt zu vertiefen. Neben Technologieentwicklungen für zukünftige Missionen im Erdorbit und zur Erkundung des Weltraums stand das Transferpotenzial der Raumfahrt-Robotik für Anwendungen auf der Erde im Mittelpunkt.

Raumfahrt-Robotik ist ein Schwerpunkt im Nationalen Raumfahrtprogramm. In ihrer 2010 verabschiedeten Raumfahrtstrategie hebt die Bundesregierung die Bedeutung von Automation und Robotik für die Zukunft der Raumfahrt aber auch für Innovationsimpulse durch Spin-offs hervor. Raumfahrt-Robotik ist interdisziplinär angelegt. Sie vernetzt Technologieentwicklungen aus den Gebieten der Materialwissenschaften, der Informations- und Kommunikationstechnologie der Sensorik und der Mechatronik. So werden technische Lösungen geschaffen, die auch extremen Systemanforderungen genügen. Damit ist Raumfahrt-Robotik auch ein erstklassiger Nährboden für Innovationen, die auch auf der Erde Technologiesprünge etwa in der industriellen Produktion oder der Medizintechnik möglich machen.

In seiner Eröffnungsrede unterstrich Bundesminister Dr. Philipp Rösler die Wichtigkeit von Robotik für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, die auch durch die Etatsteigerung von 2,7 auf 3 Milliarden Euro deutlich wird. Generell müsse die Akzeptanz für

Raumfahrt und Robotik erhöht werden, nur dann hätte die Erhöhung der Forschungsförderung auch einen Sinn. Es gelte den Nutzen für die Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen.



Quelle: DLR

Dr. Gruppe, Vorstandsmitglied für das Raumfahrtmanagement, sprach die DLR Projekte DEOS und Rosetta an und betonte die Wichtigkeit der „Auswärtsspiele“ neben der der „Heimspiele“ und bezog sich dabei auf den Innovationstransfer. Insbesondere nannte er die Meeresrobotik, den Rückbau der Atomkraftwerke mit Robotern und die Möglichkeit der Pipelinebeobachtung. Robotik sei eines der wichtigsten Kernthemen für ihn als Vorstand. Robotik sei ein hoch intelligentes Tool, das es gelte weiter zu gestalten.

Der Vorstandsvorsitzende Prof. Dr.-Ing. Wörner sprach vor allem das Ziel des Einfangens von unkooperativen Satelliten zum Beispiel zum gezielten Wiedereintritt an. Zudem erwähnte er einen möglichen Wettlauf zum Einsatz von Robotern auf dem Mars. Neben dem Mars sei jedoch der Mond keineswegs ausreichend erforscht. Deutschland verfolge deshalb im Rahmen der ESA das Lunar Lander Projekt. Auch Herr Wörner hat den Innovationstransfer angesprochen und als Beispiel die Elektromobilität genannt.



Quelle: DLR

Begleitet wird die Konferenz von einer vierwöchigen Sonderausstellung im Deutschen Museum Bonn, in der aktuelle Arbeiten, Forschungsergebnisse und Produkte aus der Raumfahrt-Robotik präsentiert werden.

Die Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt veranstaltete gemeinsam mit der ESG Elektroniksystem- und Logistik – GmbH und dem Forum Luft- und Raumfahrt einen Parlamentarischen Abend

Zur Diskussion über aktuelle Themen unserer Luftwaffe und künftigen Fähigkeitsanforderungen lud die Parlamentsgruppe für Luft- und Raumfahrt gemeinsam mit der ESG Elektroniksystem- und Logistik – GmbH und dem Forum Luft- und Raumfahrt am Dienstagabend in die Landesvertretung des Freistaats Bayern zum Thema „Einsatzbezogene Forderungen an die Luftwaffe – Auswirkungen auf Strukturen, Personal, Ausstattung – und Erwartungen an die Industrie“.

„Die Luftwaffe befindet sich im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr in einer Phase großer Herausforderungen“, hieß es in der Einladung. Dies betreffe auch die Wahrnehmung internationaler Verantwortung bei gegenwärtigen und künftigen multinationalen Einsätzen. Zusätzlich befänden sich neue höchst komplexe Systeme in der Einführung, die dieser Aufgabenstellung gerecht werden müssten.

Der Inspekteur der Luftwaffe, GenLt Aarne Kreuzinger - Janik, hat den Abend eröffnet. Er sprach zunächst die Kurzfristigkeit von Krisen und Konflikten an, die ein schnelles Handeln häufig über große Distanzen erfordere. Die Zukunft sei meist schon eingetreten bevor wir uns ihrer bewusst seien. In Zukunft werde die Luftwaffe noch stärker gefragt sein Personen und Material in Krisenfällen zu transportieren. Auch die Weltraumüberwachung sei ein Bereich in dem die Luftwaffe in Zukunft einen weit größeren Beitrag leisten müsse. Die Einsatzschwerpunkte würden sich verlagern – vom Feind in der Luft zu einem all umfassenderen Einsatzbereich. Struktur und Personal müssten sich diesen geänderten Rahmenbedingungen anpassen. Generell gelte es die Mittel an eine sich ständig ändernde Bedrohungslage permanent anzugleichen. Er nannte die ungehinderte Nutzung des Weltraums für unsere Gesellschaft als unabdingbar. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie würde man daher das Weltraumlagezentrum weiter ausbauen. Außerdem sprach er von vier Zukunftsfeldern, von denen eines das Weltall sei. Auch eine militärische Weltraumnutzung, er sprach von „Anwendungen im Bereich der Simulation“, sei nötig. Generell würde die zivil-militärische Zusammenarbeit (dual use) im Satellitenbereich immer deutlicher. Als ein weiteres Zukunftsfeld nannte er die Unbemann-

tenluftfahrzeuge, welche mittelfristig auch mit Waffen eingesetzt werden müssten. Es gäbe zahlreiche Optionen für die hochspezialisierten deutschen klein- und mittelständische Unternehmen. Er setze weiter auf einen engen Dialog zwischen Industrie, Wissenschaft und Politik, denn nur gemeinsam könne man sich den Anforderungen stellen.

Anschließend sprach der Executive Vice President der Division Aerosystems der ESG, Herr Dipl. – Math. Christoph Weber, der dieses Thema aus industrieller Sicht ergänzte. Auch Herr Weber betonte, dass ohne offenen Dialog, die Herausforderungen nicht zu bewältigen seien. Sein Vortrag zielte vor allem auf die Beantwortung der folgenden zwei Fragen ab: Welche Beiträge kann die deutsche Verteidigungsindustrie leisten? Welche Bereiche müssen noch stärker in Angriff genommen werden? ESG biete innovative Services und Lösungen, die er anhand von Beispielen darstellte.

25 Jahre AG Turbo

Am 7. März lud die AG Turbo zu einem Symposium im Zusammenhang mit ihrem fünfundzwanzigjährigen Bestehen in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

„Seit 25 Jahren ist die AG Turbo die deutsche Plattform für innovative Turbomaschinenforschung. Hier stimmen sich die entscheidenden Partner aus der Industrie sowie der Hochschulen und Forschungszentren ab und betreiben vorwettbewerbliche, anwendungsorientierte Verbundforschung für die Turbomaschinen der Kraftwerke und deren verwandte Bereiche.“, heißt es in der Einladung zum Symposium. Sie sei einzigartig in Europa, fände weltweit

Beachtung und habe in den letzten 25 Jahren entscheidend zur Erreichung der gesteckten Ziele hinsichtlich Effizienz, Ressourcenschonung und Klimaschutz der Kraftwerksprozesse beigetragen und habe dabei insbesondere auch die nationale und internationale wirtschaftliche Stärke der deutschen Turbomaschinenindustrie maßgeblich unterstützt.

Die AG Turbo Verbundforschung ist eingebunden in die Kraftwerksforschungsinitiative COORETEC und wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) gefördert. Die Turbomaschinen sind die Kernkomponenten für die zukünftige weltweite Energiewende hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Sie werden vor allem im Hinblick auf Effizienz und Flexibilität der Stromerzeugung einen unverzichtbaren Beitrag leisten müssen. Hierfür schlägt die AG Turbo das Fünfjahresprogramm COOREFLEX-turbo zur Entwicklung der nötigen Schlüsseltechnologien vor.

„Energieeffiziente Mobilitätskonzepte“

War das Thema des Frühstücks im Rahmen des „Gesprächskreis Energie“ zu dem das DLR gemeinsam mit dem Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Bareiß MdB, am Freitag, 9. März in die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft eingeladen hat.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen und Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Wirtschafts- und Privatleben. Die Entwicklung innovativer Mobilitätskonzepte erfordert eine systematische Analyse des Mobilitätsbedarfs. Für eine umweltschonende Mobilität müssen energieeffiziente Verkehrsmittel für

Straße, Schiene und Luft sowie Management-Instrumente für eine stärkere Vernetzung der Fahrzeuge untereinander und mit der Verkehrs-Infrastruktur entwickelt werden.

Prof. Dr.-Ing. Ulrich Wagner, Vorstandsmitglied für die Bereiche Energie und Verkehr hat Forschungsbeispiele und -ideen aus den Bereichen Bahn, Flugzeug und Pkw vorgestellt, die sowohl die Anforderungen der Nutzer berücksichtigen als auch Effizienzsteigerung und Emissionssenkung zum Ziel haben – sei es durch neue Antriebe, alternative Kraftstoffe, leichte Bauweisen oder multimodale Verkehrsmanagementsysteme. Auch visionäre Beispiele, wie ein mit Brennstoffzellen betriebenes Flugzeug oder ein vollautomatisiertes Auto ohne Fahrer, gehörten dazu.

Telegramm

... Die Wasser- und Abwasserwirtschaft kann nach Meinung der Bundesregierung einen erheblichen Beitrag zur Energiewende leisten, wie aus einer Antwort ([17/8675](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([17/8517](#)) von Bündnis 90/Die Grünen über Energiesparmöglichkeiten in der Wasser- und Abwasserwirtschaft hervorgeht. ...Der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft hat diese Woche sowohl mit der AG Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU als auch mit der AG Umwelt über Energieeffizienz und Klimaschutz im Luftverkehr diskutiert ... Ob die derzeit für Lärmsanierung an Bundesfernstraßen zur Verfügung stehenden Mittel von 50 Milliarden Euro pro Jahr für die erforderlichen Investitionen ausreichen, kann die Bundesregierung nicht abschätzen. Dies erklärte sie in ihrer Antwort ([17/8733](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/8505](#))... Über die Bilanz der

Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungsverfahren für Verkehrsprojekte will sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage ([17/8853](#)) informieren...

Vorschau auf die nächste Sitzungswoche

... Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Energiewende und Klimaschutz solide finanzieren – Nachtragshaushalt nutzen.“ ... Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu dem Antrag der Fraktion SPD „Für eine Stärkung der breit aufgestellten europäischen Grundlagenforschung – Keine finanziellen Einschnitte beim Europäischen Forschungsetat zu Gunsten des Einzelprojekts ITER“ ... Die American Academy in Berlin lädt am 13. März zu einem Vortrag mit anschließendem Empfang zum Thema „The Globalisation of Clean Technologies ... Die Parlamentsgruppe Luft und Raumfahrt lädt gemeinsam mit dem Forum Luft- und Raumfahrt zum Parlamentarischen Abend mit MTU Aero Engines am 20. März in das Museum für Kommunikation. .. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft laden am 21. März zum Parlamentarischen Abend zum Thema Grundlagenforschung bei Horizon 2020 in die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland ... Am 22. März führt die AG Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU ein Gespräch mit der Kolibri Power Systems AG ...

Inhalte und Redaktion:

Nina-Louisa Remuß
Politik- und Wirtschaftsbeziehungen
Büro Berlin-Mitte
Markgrafenstr. 37
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 67 05 5 478
Fax.: +49 (0) 30 67 05 5 475
Email: Nina-Louisa.Remuss@DLR.de
Internet: www.dlr.de/pw

Quellennachweis: Eigene Texte über Veranstaltungen, Aktivitäten etc, Verwendung von freizugänglichen Quellen (s.u.auch Links im Text). Detailnachweis auf Anfrage.